

Alle Macht dem Herrscher

Die Europäer sollten genau hinsehen, wenn Trump mit Putin das Schicksal der Ukraine auskungelt – denn ihr eigenes steht dabei auch auf dem Spiel.

Von Martin Schulze Wessel

Die Geschehnisse um den russisch-ukrainischen Krieg beschleunigen sich, und die Gewissheiten der Europäer schwinden. Auf dem Kiewer Euromajdan von 2013/14 kämpften die Ukrainer um die Assoziierung mit der Europäischen Union. Sich frei für die EU entscheiden zu können, sollte zur ukrainischen Souveränität gehören, die allerdings von Moskau obstruiert wurde. Als Russland die Krim annektierte und Satrapenstaaten in Teilgebieten von Luhansk und Donetsk ausrufen ließ, versäumten die westlichen Staaten es, entschlossen Gegenwehr zu leisten. Die lange zurückhaltende Unterstützung der Ukraine im aktuellen Krieg führte in ein verlustreiches militärisches Patt.

Jetzt, da Trump eine zunächst bilaterale Verabredung mit Putin anstrebt, verschieben sich die Verhältnisse sichtlich zuungunsten der Europäer. Ging es 2014 um die Europäisierung der Ukraine, so droht jetzt eine andere Angleichung der Ukraine und Europas: ein gemeinsamer Verlust an außenpolitischer Souveränität. Die Erfahrungen, die über Jahrhunderte die Ostmitteleuropäer, vor allem Polen, die Tschechoslowakei und die Ukraine, machen mussten, dass „über sie, aber ohne sie“ entschieden wird, betrifft jetzt auch die EU-Europäer, deren Nationen noch im 19. Jahrhundert eine weltbeherrschende Rolle spielten. Denn die europäische Sicherheit und Freiheit stehen auf dem Spiel, wenn die Ukraine von Moskau und Washington zu einem Diktatfrieden gezwungen werden sollte. Die langfristige und umfassende Gefahr des russischen Vorgehens hätte man schon 2014 erkennen können, als Putin die Krim annektierte, mithin die Ukraine teilte.

Mit Blick auf das Treffen zwischen Trump und Putin in Alaska ist zu befürchten, dass man die Teilung mit einer Nummer versehen muss: die erste Teilung, der weitere folgen können. Die absolutistische Praxis, sich über Zugehörigkeiten der Bevölkerung und deren Selbstbestimmungsrecht hinwegzusetzen, kündigte Trump unlängst mit der Formulierung an, es werde in der Ukraine zu einem Austausch von Territorien kommen („swapping of territories“). Dabei handelte es sich um einen Euphemismus, denn es ist nicht zu erwarten, dass Putin seinerseits Gebiete an die Ukraine übergibt. Abgesehen davon ist allein die Ankündigung eines Gebietstauschs, der sich über den Willen der Bevölkerung hinwegsetzt, ein Rückfall in absolutistische Politikmuster, die bereits am Ende des 18. Jahrhunderts umstritten waren.

Ein Verteidiger dieser Praxis, Karl-Julius Weber, angehender Jurist an der Universität Erlangen, legte 1786 mit seiner Rechtfertigungsschrift die Ratio des Ländertauschs offen. Das Recht der Fürsten liege „im uralten Grundsatz der Römer: omnis in principe potestas“. Dass alles in der Macht des Herrschers liege, ist das Prinzip, das Trump heute unverhohlen wieder hoffähig machen will.

Für Europa hängt alles davon ab, den Epochenbruch zu erkennen und ihm zu widerstehen. Keineswegs geht es um einen eingegrenzten Regionalkonflikt im östlichen Europa. Instrukтив ist ein Blick auf einen früheren „Ländertausch“. Schon die Teilungen Polens hatten eine gesamteuropäische Dimension. 1772 kommentierte der Konservative Edmund Burke, der Herausgeber des britischen „Annual Register“, die Teilung sei „der erste große Einbruch in das moderne politische System Europas“, die „große westliche Republik“ sei nun als Ganze infrage gestellt. Das war hellsehtig im Hinblick auf die langfristigen Folgen für das europäische Staatensystem, aber auch auf die innere Wirkung auf Polen. Zwar gelang der polnischen Adelsrepublik zunächst eine erstaunliche Erneuerung und im Mai 1791 sogar die Verabschiedung einer Verfassung, aber nach der zweiten Teilung von 1793 geriet das Land auch innenpolitisch in einen Strudel.

Auch in Bezug auf die Ukraine haben Teilungen Auswirkungen auf die europäische Sicherheit und die inneren Verhältnisse. Aufschlussreich ist dabei der Vergleich mit der Tschechoslowakei, ein Land, über das ebenfalls mehrfach machtpolitisch von außen entschieden wurde. Zwischen dem Aufbrechen der Tschechoslowakei durch NS-Deutschland im September

1938 und dem russischen Vorgehen gegen die Ukraine gibt es auffällige Parallelen. Bei aller Differenz der Endziele der deutschen und der russischen Politik wurden in beiden Fällen die Rechte nationaler Minderheiten – der Sudetendeutschen beziehungsweise der Russen in der Ostukraine – instrumentalisiert, um ein imperiales Projekt voranzutreiben. Als Hitler von der Prager Regierung ultimativ die Abtretung der deutsch besiedelten Sudetengebiete forderte, ließen die Westmächte die Tschechoslowakei im Stich und gewährten Hitler, um den Frieden zu erhalten, sogar eine vertragliche Anerkennung der Annexion durch das Münchner Abkommen.

Was Burke im Hinblick auf die Teilungen Polens formuliert hatte, war auch im Europa nach dem September 1938 zu beobachten: ein großer Einbruch in das internationale System. Der ist heute wieder zu befürchten, wenn Russlands Länderraub internationale Anerkennung finden sollte. Der Fall der Tschechoslowakei ist aber auch instruktiv im Hinblick auf die möglichen inneren Wirkungen eines Teilungsakts. 1938 war das Land kein idealer Staat, aber neben der Schweiz die einzige Demokratie östlich des Rheins. Sie zeichnete sich, wie die Ukraine heute, durch eine lebendige Zivilgesellschaft aus, im September 1937 war ihr Gründungspräsident, der große Humanist Tomáš Garrigue Masaryk, im Beisein von Hunderttausenden Staatsbürgern feierlich beigesetzt worden, eine große Manifestation des Lebenswillens der Republik.

Doch brach die bislang stabile tschechoslowakische Demokratie nach dem Münchner Abkommen in kurzer Zeit in sich zusammen. Von den Westmächten verraten, richtete sich die Enttäuschung und die Wut der Staatsbürger auch nach innen. Der amerikanische Diplomat George F. Kennan erlebte die politische Atmosphäre der sogenannten Zweiten Tschechoslowakischen Republik, die nach dem Scheitern der Republik Masaryks und seines langjährigen Außenministers und Nachfolgers Edvard Beneš gegründet wurde: „Jedes Merkmal von Liberalismus und Demokratie war hoffnungslos und unwiederbringlich diskreditiert.“

Kennan beschrieb anschaulich, wie sich der Hass der Tschechen gegen einen Politiker wie Beneš richtete, dem sie zwanzig Jahre lang vertraut hatten. Nur ein Jahr war vergangen, seit das Staatsbegräbnis Masaryks die Nation scheinbar vereint hatte. Ein tschechischer Publizist beschrieb den moralischen Schock, den der Verrat des Westens auslöste: „Wenn man uns nicht gestattet, mit den Engeln zu singen, werden wir eben mit den Wölfen heulen.“ Zwar verschrieb sich nach dem Diktatfrieden von München keineswegs das ganze Volk der Moral der Sieger. Aber antidemokratische Stimmungen und antisemitische Ressentiments nahmen signifikant zu, und die tschechische Politik folgte diesen Stimmungen. Mit dem Münchner Abkommen verlor der Westen eine Demokratie, die bei manchen Mängeln doch ein strahlendes Vorbild in Mitteleuropa, auch eine Zuflucht für viele deutsche Flüchtlinge gewesen war.

Europa würde auch die Ukraine und ihre Demokratie verlieren, wenn es sie sich selbst überließe. Immerhin haben die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Polens, Großbritanniens zusammen mit der Europäischen Kommission und dem Rat eine Stellungnahme verfasst, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt. Sie umfasst das Versprechen weiterer militärischer und finanzieller Hilfe für die Ukraine, auch als „Koalition der Willigen“, und die weitere Anwendung restriktiver Maßnahmen gegen die Russische Föderation. Die Ukraine müsse ihr Schicksal, das heißt auch ihre Bündniszugehörigkeiten, frei wählen können. Ob die Europäer ihrem Standpunkt werden Geltung verschaffen können, ist für die Ukraine, aber auch die Freiheit und Sicherheit Europas selbst entscheidend.

Martin Schulze Wessel lehrt Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im Herbst wird von ihm bei C. H. Beck das Buch „Die übersehene Nation – Deutschland und die Ukraine seit dem 19. Jahrhundert“ erscheinen.

Feuilleton



Eines der Fotos Raymond Depardons von Auschwitz, wo mehr als eine Million Juden starben.

Foto Raymond Depardon / Magnum

Vom Bauernbuben zum Chronisten

Raymond Depardons Auschwitz-Birkenau-Bilder / Von Marc Zitzmann, Paris

Raymond Depardon wurde am 6. Juli 1942 geboren. Zehn Tage später fand in und um Paris die in jeder Hinsicht monströse Razzia auf jüdische Männer, vor allem aber Frauen und Kinder statt, die unter dem Namen „Rafle du Vel d'Hiv“ in die Geschichte eingegangen ist. Schon am Folgetag begannen die großen Deportationen. Zwischen dem 17. Juli und dem 30. September verließ alle zwei oder drei Tage ein Güterzug das Land, um (bis auf eine Ausnahme) je rund tausend Juden „nach Osten“ zu verfrachten. Endstation war Auschwitz; von 33.065 Deportierten überlebten 131 oder 132. Kleinere Wellen oder einzelne Konvois in die Vernichtungslager folgten von November an nach: Bis August 1944 wurden dort ein Viertel der 320.000 im Vichy-Staat lebenden in- und ausländischen Juden ermordet.

Als Sprössling einer nicht jüdischen Bauernfamilie aus dem Beaujolais, der in Paris aus der Berufung zum Fotografieren den Beruf gemacht hatte, besaß Depardon keine direkte Beziehung zum Holocaust. So machte er sich recht unbeleckt ans Werk, als die Illustrierte „Paris Match“ ihn im Winter 1979 mit einer Fotoreportage über Auschwitz betraute. „Eines Morgens stand ich da – es war einer der größten Schocks meines Lebens“, erinnert sich der heute Dreundachtzigjährige in einem Interview, das sich im Katalog zur Ausstellung „Auschwitz-Birkenau vu par Raymond Depardon“ des Pariser Mémorial de la Shoah findet. Einzelne Bilder waren verschiedentlich veröffentlicht worden, aber es ist das erste Mal, dass die ganze Serie zu sehen ist.

Depardon verbrachte zwei Wochen vor Ort und lichtete jedes Motiv mehrfach, ja oft dutzendweise ab. Vom Portal des Stammlagers mit dem Wahlspruch „Arbeit macht frei“ gibt es nicht weniger als fünfzig Aufnahmen – im Quer- oder Hochformat, aus kleinerer oder größerer Nähe sowie aus verschiedenen Blickwinkeln. Desgleichen Dutzende von Bildern der Wachtürme und Stacheldrahtzäune, der Barackenräume und Schubberge, der Zyklon-B-Dosen und Krematorien, der Er-

schießungsmauer und des Galgens. Am Ende seines Aufenthalts überflog der Fotograf sogar im Hubschrauber das Lager Auschwitz-Birkenau, um einen Eindruck von der Ausdehnung dieses zuvörderst der industriellen Tötung zugeordneten Teils des Riesenkomplexes zu gewinnen.

Gleich dem Gros der nicht jüdischen Franzosen am Ende der Siebzigerjahre hatte Depardon vage vom Durchgangslager Drancy bei Paris gehört, aber kaum etwas von Auschwitz. Seine Fotoreportage trägt so primär dokumentarischen Charakter: Sie sucht das Unfassbare zumindest in seinen materiellen Relikten zu erfassen, in Landschaften, Gebäuden und hinterlassenen Objekten. Der Ansatz lässt sich mit jenem der 820 Auschwitz-Fotos vergleichen, die Juergen Teller jüngst bei Steidl publiziert hat: Es handelt sich um den Versuch, einen Ort durch weitgehend stillfrie Serien zu erschöpfen. Depardons Bildkompositionen sind schnörkellos: sauber belichtet und fokussiert, fast unweigerlich lotrecht. Nur selten erlaubt sich der Fotograf eine expressionistische Schräge – besonders ausdrucksvoll im Querformat einer Laterne vor einem um 45 Grad gebeugten Wachturm.

Was am stärksten im Gedächtnis haftet, ist der harte Kontrast zwischen verschneiten Dächern, Böden und Wiesen unter bleichem Himmel einerseits und finsternen Bauten, Bäumen und Masten andererseits. Eindrücklicher lässt sich das grafische Potential von Schwarz-Weiß-Fotos kaum ausreizen. Die Stimmung, die diese Bilder verbreiten, ist weniger Terror denn Trauer – eine in der Zeit festgefrorene, abgründige Trostlosigkeit. Zumal Depardon im Gegensatz zu Teller auf alles Triviale, ja selbst auf jede menschliche Präsenz verzichtet (Besucher gab es damals längst).

Die Auschwitz-Ikonographie bestand zum Zeitpunkt von Depardons Reportage im Wesentlichen aus sowjetischen Filmaufnahmen der Befreiung des Lagers am 27. Januar 1945 (sie wurden aus praktischen wie propagandistischen Gründen ein paar Wochen später nachgestellt, mit realen Lagerinsassen). Alles andere drang

erst später ins öffentliche Bewusstsein. So die beiden sogenannten Auschwitz-Alben und Alberto Erreras heimliche Fotografien vom Hof des Krematoriums V während der Ermordung der ungarischen Juden 1944. Aber auch fotokünstlerische Arbeiten wie – um drei Beispiele zu nennen – „Residents“ von Zbigniew Libera (eine polemisch ins „Positive“ gewendete Nachstellung einer sowjetischen Aufnahme befreiter Lagerinsassen hinter Stacheldraht), „Auschwitz – What Am I Doing Here?“ von Mikolaj Grynberg (eine Reflexion über Besuche des ehemaligen Lagers vor dem Hintergrund dessen, was ein Überlebender die „Distanz der Desolation“ genannt hat) sowie Naomi Tereza Salmons „Asservate/Exhibits“ (eine „klinisch-kriminologische“ Serie über Relikte wie Brillen, Rasierpinsel und Zahnprothesen).

Depardon war 1979 ein Pionier. Die gelungensten seiner Auschwitz-Aufnahmen, die das Mémorial de la Shoah in den Ausstellungssälen wandfüllend vergrößert, bedienen ein Register, das seinerzeit als das einzig zulässige im Umgang mit dem Holocaust und mit Auschwitz als dessen Emblem galt: jenes des Taktvoll-Dokumentarischen, Unpathetisch-Betroffenen, vor allem aber dezidiert Signaturfreien – ein Fotograf durfte diesen Bildmotiven, die wie ein schwarzes Loch alle Moral und Menschlichkeit verschlucken, unter keinen Umständen seine Autorschaft aufdrücken.

Fast ein halbes Jahrhundert später ist dieses Tabu gefallen. Die Diskussion, was nicht nur Fotografen, sondern alle bildenden Künstler sowie Schriftsteller, Filmemacher und andere Schöpfer mit dem Holocaust „machen“ dürfen, füllt Bände; ständig verschieben sich die Grenzen. Es gibt heute Kunstwerke in Form von Lego-Bausätzen für KZs oder von Souvenirläden für Auschwitz-Birkenau. Demgegenüber wirkt Depardons Position – auch weil wir seine Serie mit 46 Jahren Zeitverzögerung rezipieren – klassisch, ja vorhersehbar.

Auschwitz-Birkenau vu par Raymond Depardon. Mémorial de la Shoah, Paris; bis zum 9. November. Der Katalog kostet 22 Euro.



Ferragosto

Von Karen Krüger

Die katholische Kirche begeht heute Mariä Himmelfahrt. Ebenfalls auf den 15. August fällt der Nationalfeiertag Ferragosto, an dem Italiener den Höhepunkt des Sommers zelebriert. Das Fest geht auf den römischen Kaiser Augustus zurück, und im alten Rom liebte man es so sehr, dass ein Verzicht darauf auch nach der Hinwendung zum Christentum nicht infrage kam. Wie so oft in Italien fand man eine kreative Lösung für das Problem: Auf das Datum wurde einfach Mariä Himmelfahrt gelegt, schon hatte man einen Feiertag, und für viele Italiener ist er wichtiger als Ostern oder Weihnachten. Besonders voll sind die Kirchen am heutigen Tag jedoch nicht. Stattdessen trifft man Freunde oder in großer Runde die Familie, lässt sich mittags gemeinsam beim „Pranzo di Ferragosto“ viel gutes Essen schmecken, macht Ausflüge ins Grüne oder ans Meer, und am Abend geht's zum Tanzen oder zu einem der vielen Feuerwerke im Land. Über die Amüsierlust am 15. August hat schon Pier Paolo Pasolini geschrieben, der Schriftsteller Giorgio Manganelli sinnierte über das Feiern der Leichtigkeit, und andere haben den Picknickgesellschaften im Grünen und am Meer sowie den leer gefegten Städten literarische Denkmäler gesetzt. An Ferragosto trifft man in den Innenstädten fast nur ausländische Touristen an, die Bewohner sind im Urlaub, Behörden, Banken, Geschäfte geschlossen, die Autos hat schon Tage zuvor der traditionelle Ferragosto-Stau verschluckt. Vor allem die Zufahrtswege zum Meer erfordern normalerweise viel Nervenkraft. Diesmal aber ist die Lage vergleichsweise entspannt, denn die beliebten Urlaubsorte von Rimini bis Sizilien sind zum ersten Mal seit Jahren nicht komplett ausgebucht. Gerade noch schien eines der größten Probleme Italiens der sogenannte Overtourism zu sein, und jetzt das: verzweifelte Hoteliers und Strandbadbesitzer, die in Interviews darüber klagen, dass es an Ferragosto noch Dutzende von freien Sonnenschirmen und Liegen in ihren Strandabschnitten gebe – in der achten Reihe mit eingeschränktem Meerblick und für 200 Euro oder mehr am Tag. Solche Preise sind in diesem Jahr vielerorts die Regel, als habe man ganz vergessen, dass mit russischen Milliarden nicht zu rechnen ist. Den Tourismus, der auf Blumenbeete pinkelt und leere Flaschen in Hauseingängen zurücklässt, der Mülltonnen zum Überquellen bringt, die Mieten vervierfacht und das Häuschen der Großeltern in ein Bed & Breakfast verwandelt, diesen Tourismus möchte man in Italien nicht haben. Jetzt können sich zwar nicht einmal mehr Mittelschichteltern jene Badeorte leisten, in die sie schon als Kinder führen. Aber wieder zeigen die Italiener ihr Improvisationstalent. Sie boykottieren den teuren Strand und fahren, obwohl es der heiligen Tradition von Ferragosto widerspricht, in die Berge. In der Presse gab es zuletzt gute Tipps, wo man dort noch in Ruhe Urlaub machen kann, und für viele mag das sogar Grund genug sein, an Ferragosto zum ersten Mal tatsächlich ein Stoßgebet zu sprechen – eines der Erleichterung.

Neue Jury für Leipzig

Seit 2005 zeichnet die Leipziger Buchmesse mit einem eigenen Preis herausragende Neuerscheinungen in Belletristik, Sachbuch und Übersetzung aus. Die Jury, die unter dem Vorsitz von Katrin Schumacher über die Vergabe in allen Kategorien entscheidet, erhält nun mit der Literaturwissenschaftlerin und Bloggerin Katharina Herrmann und mit Tilman Spreckelsen, Redakteur im Feuilleton dieser Zeitung, zwei neue Mitglieder. Weiterhin dabei sind neben Katrin Schumacher Zita Beuter, Kais Harrabi, Thomas Hummetsch und Judith von Sternburg. Für den Preis, der mit insgesamt 60.000 Euro dotiert ist, können auf der Messe vertretene Verlage noch bis zum 26. September maximal zwei Titel einreichen, die zwischen dem 31. März 2025 und dem 18. März 2026 erscheinen. Am 25. Februar 2026 wird die Liste der nominierten Bücher veröffentlicht. Die Preisverleihung findet am 19. März auf der Leipziger Buchmesse statt. F.A.Z.